

4266/J XX.GP

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Welser Abfallverwertungs GesmbH und Verdacht der fahrlässigen Krida

Den Eigentümern und der Geschäftsführung der Weiser Abfallverwertungs GesmbH wurde eine fahrlässige Finanzgebarung vorgeworfen. Die Eigentümer seien mangelhaft informiert worden, die Kapitalerstattung sei zu gering gewesen, die Kostenkalkulation grob fahrlässig. Dazu gingen bei der Staatsanwaltschaft Wels am 29.7.1997 und am 20.11.1997 eine 1‘Anzeige“ und ein Nachtrag betreffend 8 UT 962/97b ein. Da der Leiter der Staatsanwaltschaft Wels unseres Wissens der Bruder des Senatsrats Jakubec, der die MVA in erster Instanz genehmigt hat, und der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Linz, der Bruder des (inzwischen pensionierten Landesangestellten) Hofrat Buchmayr, dessen Abteilung die Müllverbrennungsanlage seitens des Landes in die Wege geleitet hatte, ist, bestehen Befürchtungen, daß der „Anzeige“ nicht mit der notwendigen Objektivität nachgegangen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Kann die Staatsanwaltschaft Wels den Eingang der erwähnten „Anzeige“ samt Nachtrag zum Verdacht der fahrlässigen Krida im Zusammenhang mit der Weiser Abfallverwertungs GesmbH bestätigen?
2. Welche Erhebungen wurden aufgrund der Anzeige vorgenommen?
3. Was ist der aktuelle Verfahrensstand?